



LANDKREIS LÜNEBURG

Betrieb Straßenbau und -unterhaltung	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Seegers, Jens-Michael Datum: 07.08.2019	<b>Bericht</b>	<b>2019/235</b>
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

**Beratungsgegenstand:**

Zwischenbericht des Betriebs "Straßenbau und -unterhaltung zum 30.06.2019 gemäß § 3 Eigenbetriebsverordnung

**Beratungsfolge**

Status	Datum	Gremium
Ö		Betriebs- und Straßenbauausschuss

**Anlage/n:**

Zwischenbericht zum 30.06.2019

**Sachlage:**

Gemäß § 3 Eigenbetriebsverordnung und § 7 Abs. 3 der Betriebssatzung hat die Betriebsleitung den Landrat und den Betriebsausschuss halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplans schriftlich zu unterrichten. Einzelheiten sind der Anlage zu entnehmen.

# **Zwischenbericht**

**zum  
30.06.2019**

**für den Eigenbetrieb  
„Betrieb Straßenbau und –unterhaltung“  
des Landkreises Lüneburg**

**Aufgestellt: Seegers, KVR**

**Embsen, 08. August 2019**

## **INHALT**

### **Vorwort**

- 1. Erfolgsplan 2019; Summen und Salden**
- 2. Vermögensplan 2019; Summen und Salden**
- 3. Besonderheiten zum Erfolgs- und Vermögensplan 2019**
- 4. Stand der Finanzbuchhaltung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Schlussbilanz zum 31.12.2018**
- 5. Stand der Straßen- und Brückenbaumaßnahmen**
- 6. Stand der Straßenunterhaltungsmaßnahmen (nur größere Volumen)**
- 7. Allgemeine Organisation und Personalentwicklung**
- 8. Wichtige Vorgänge im 1. Halbjahr des Geschäftsjahres**

## **Vorwort zum Zwischenbericht 30.06.2019**

Am 17.12.2001 hat der Kreistag in seiner Sitzung beschlossen (Vorlagen-Nr. 270/2001), den „Betrieb Straßenbau und –unterhaltung“ ab 01.01.2002 in der Rechtsform eines Eigenbetriebes zu führen.

Gemäß § 3 Absatz 2 Eigenbetriebsverordnung und § 7 Absatz 3 der Betriebssatzung hat die Betriebsleitung den Landrat und den Betriebsausschuss halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplans schriftlich zu unterrichten.

Der Wirtschaftsplan 2019 ist am 25.02.2019 von der Kommunalaufsichtsbehörde genehmigt worden und mit Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Lüneburg vom 28.02.2019 und anschließender öffentlicher Auslegung am 12.03.2019 in Kraft getreten.

### **Eckdaten des Wirtschaftsplanes 2019:**

Erlöse des Erfolgsplanes	11.032.000 €
davon Zuweisung vom Landkreis	8.337.000 €
Aufwendungen des Erfolgsplanes	11.032.000 €
Investitionen	7.572.000 €
Verpflichtungsermächtigungen 2020-22	2.500.000 €
Kreditbedarf für Investitionen	5.100.000 €
Kassenkredit	500.000 €

## 1. Erfolgsplan 2019; Summen und Salden

		Planansatz in €	Rechnungsergebnis per 30.06.19
Lfd. Nr.	Erlöse/Aufwendungen	2019	2019
<b>1</b>	<b>Umsatzerlöse</b>	<b>8.403.000 €</b>	<b>4.238.701,93 €</b>
<b>2</b>	<b>Andere aktivierte Eigenleistungen</b>	<b>0 €</b>	<b>0,00 €</b>
<b>3</b>	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>2.629.000 €</b>	<b>556.962,53 €</b>
	<b>Summe der Erlöse (inkl. 9)</b>	<b>11.032.000 €</b>	<b>4.795.664,46 €</b>
<b>4</b>	<b>Transferaufwendungen</b>	<b>0 €</b>	<b>0,00 €</b>
<b>5</b>	<b>Unterhaltung und Instandsetzung</b>	<b>2.317.000 €</b>	<b>209.619,52 €</b>
<b>5.1</b>	<b>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</b>	195.000 €	46.890,42 €
<b>5.2</b>	<b>Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	2.122.000 €	162.729,10 €
<b>6</b>	<b>Personalaufwand</b>	<b>2.420.000 €</b>	<b>975.173,82 €</b>
<b>6.1</b>	<b>Löhne und Gehälter</b>	1.860.000 €	739.763,70 €
<b>6.2</b>	<b>Soziale Abgaben und Altersversorgung</b>	560.000 €	235.410,12 €
<b>7</b>	<b>Abschreibungen auf Anlagegüter</b>	<b>3.830.000 €</b>	<b>1.925.545,07 €</b>
<b>8</b>	<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>1.511.500 €</b>	<b>267.968,11 €</b>
<b>9</b>	<b>Zinserträge</b>	<b>0 €</b>	<b>0,00 €</b>
<b>10</b>	<b>Zinsen</b>	<b>952.800 €</b>	<b>0,00 €</b>
<b>11</b>	<b>Sonstige Steuern</b>	<b>700 €</b>	<b>307,62 €</b>
	Summe Aufwendungen (ohne 9)	11.032.000 €	3.378.614,14 €
	Summe Erlöse	11.032.000 €	4.795.664,46 €

## 2. Vermögensplan 2019; Summen und Salden

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Planansatz	Rechnungs-ergebnis
		2019	per 30.06.19
1	2	3	4

### Einnahmen

1	Entnahme aus Rücklagen	478.000 €	0,00 €
2	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundvermögen	0 €	555,00 €
3	Einnahmen aus der Veräußerung von Sachvermögen	25.000 €	9.500,00 €
4	Zuweisungen des Bundes	0 €	0,00 €
5	Zuweisungen des Landes	696.000 €	0,00 €
6	Zuweisungen des Landkreises		
6.1	Verlustausgleich Erfolgsplan	0 €	0,00 €
6.2	Investitionszuschuss	0 €	0,00 €
7	Zuweisungen der Gemeinden	208.000 €	35.735,33 €
8	Einnahmen aus Abschreibungen (netto)	2.810.000 €	1.414.347,45 €
9	Kreditaufnahme	5.100.000 €	0,00 €
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>9.317.000 €</b>	<b>1.460.137,78 €</b>

### Ausgaben

1	And. aktivierte Eigenleistungen (Erstattung an den Erfolgsplan)	0 €	0,00 €
2	Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten (neuer Betriebshof gem. KT vom 20.6.16)	0 €	0,00 €
3	Erwerb von beweglichen Sachen (BuG)	5.000 €	0,00 €
4.1	Beschaffung Straßenunterhaltungsgeräte	380.000 €	850,01 €
4.2	Sondermaßnahme Betriebshof Planung/Erschließung/Bau	5.100.000 €	299.737,42 €
5	Baumaßnahmen		
5.1	Grundstücke	20.000 €	32.506,09 €
5.2	bauliche Anlagen	2.067.000 €	133.753,91 €
6	Kredittilgung	1.745.000 €	0,00 €
7	Zuführung zu den Rücklagen		
7.1	Zuführung zu den Rücklagen aus Abschreibungen	0 €	0,00 €
7.2	Zuführung zu den Rücklagen aus Veräußerungserlösen	0 €	0,00 €
8	Verlustvortrag	0 €	0,00 €
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>9.317.000 €</b>	<b>466.847,43 €</b>

Die Ausgaben zu Lfd. Nr. 1 bis 5 sind gegenseitig deckungsfähig.

### 3. Besonderheiten zum Erfolgs- und Vermögensplan 2019

- In den Umsatzerlösen (Ziffer 1 Erfolgsplan bzw. Sachkonto 4290 Erläuterungen zum Erfolgsplan) waren insgesamt 15.000€ für Winterdienste innerhalb der Ortsdurchfahrten und für das Laden von Salz und Sole durch das Straßenbauamt Lüneburg kalkuliert. Diese Erträge konnten mit ca. 10.600€ nicht realisiert werden.  
Diese Erträge entsprechen dem Materialeinsatz an Salz und Sole, der auf dem Aufwandskonto Straßenwinterdienst – Materialeinkauf (Sachkonto 5240)-entstanden und damit grundsätzlich kostenneutral ist. Im Vergleich zur Winterdienstsaison 2017/18 (durchschnittlich 35 Einsätze) mussten in der abgelaufenen Winterdienstsaison 2018/19 durchschnittlich nur 20 Winterdiensteinsätze geleistet werden. Hiermit einher ging im Vergleich folgerichtig auch ein geringerer Materialverbrauch von Salz und Sole im ersten Halbjahr in Höhe von ca. 12.300€ im Vergleich zu 69.900€ in 2018 (geplant für 2019 komplett = 100.000€).  
Die endgültige Entwicklung von Oktober bis Dezember 2019 bleibt aufgrund der Witterungsabhängigkeit abzuwarten.
- Insgesamt folgt die Entwicklung bei den Erlösen im ersten Halbjahr nicht planbaren, unvorhersehbaren Umständen, die ereignisabhängig sind. Als Beispiele seien hier genannt: Erstattung für Straßenschäden (Zahl der Unfälle), Einnahmen aus Nutzungen (Zahl der Sondernutzungsanträge), Versicherungsentschädigungen (Zahl und Umfang der Schäden), Winterdienst Erlöse (Anzahl der Einsätze, Witterung), Zuschüsse als Sonderposten zum Infrastrukturvermögen (Zugang in Abhängigkeit vom Bauablauf) u. ä.
- Die in den Aufwendungen ausgewiesenen Rechnungsergebnisse des ersten Halbjahres 2019 sind nicht ohne weiteres auf das gesamte Wirtschaftsjahr hochzurechnen. Die zu erwartenden Rechnungsergebnisse des zweiten Halbjahres 2019 werden erfahrungsgemäß überwiegend wesentlich höher bzw. im Einzelfall auch mal niedriger ausfallen. Die wesentlichen Gründe hierfür liegen unter anderem in: schwerpunktmäßige Instandsetzung der Straßen in der zweiten Jahreshälfte, höhere Abschreibungen durch Anlagenzugänge im 2. Halbjahr, höhere Personalaufwendungen durch Sonderzuwendungen im 2. Halbjahr, Zinsen für das Innere Darlehen im 2. Halbjahr, Fälligkeit der GUV-Beiträge im 1. Halbjahr u.s.w.. Generell besteht auch weiterhin dauerhaft die Bestrebung, durch laufende Kostensenkungsmaßnahmen die betrieblichen Aufwendungen zu minimieren. Das hiermit verbundene Ziel ist, das operative Geschäft zu stärken (Substanzerhalt des Infrastrukturvermögens).

- Der investive Bereich (Vermögensplan) im 1.Halbjahr 2019 war durch die Fertigstellung und Abrechnung der in 2018 durchgeführten Baumaßnahmen K31 OD Wittorf; K16 Reinstorf - Holzen – Neetze, K04 L219-Wendewisch, K28 Radweg Vastorf - Barendorf; K02 Radweg Rullstorf -L219 und die Bauvorbereitungen zu geplanten Bauvorhaben (K02 OD Bockelkathen, Ausführung: Juli – Okt. 2019; K46 Handorf-Kreisgrenze, Ausführung geplant: Sep. – Nov. 2019; K10/K37 Radwegbau Ausführung Aug.-Sep. 2019; K02 Lüdersburg-L219, geplante Ausführung 2020; K17 OD Barnstedt, geplante Ausführung: 2020, K11/K22 OD Alt Garge, geplante Ausführung: 2021-2023) sowie durch den Baufortschritt beim neuen Betriebshof in Scharnebeck (siehe auch Ziffer 8. b) geprägt.

#### **4. Stand der Finanzbuchhaltung und Kosten- und Leistungsrechnung sowie der Schlussbilanz zum 31.12.2018**

- Die Konten wurden zum 30.06.2019 abgestimmt und ergaben eine Übereinstimmung zwischen Sach- und Geschäftskonten sowie der Handvorschusskasse. Das Ergebnis der Bilanzrechnung deckt sich mit dem Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung.
- Die Kostenrechnung konnte, insbesondere was die Einrichtung von Kostenstellen und Kostenträgern angeht, grundsätzlich abgeschlossen werden. Auch hier gilt jedoch, dass im Rahmen der täglichen Arbeit gelegentlich immer wieder notwendige Korrekturen erfolgen. Zum 01.01.2005 wurde nach einer vorhergehenden Erprobung die flächendeckende Ressourcenverwaltung umgesetzt.
- Die erste Hälfte des Wirtschaftsjahres war wieder geprägt durch Jahresabschlussarbeiten für die Bilanz zum 31.12.2018. Die Jahresabschlussbesprechung mit dem Wirtschaftsprüfer und dem Rechnungsprüfungsamt fand am 10.07.2019 statt; der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes wird dem Betriebsausschuss voraussichtlich ebenfalls in seiner Sitzung am 27.08.2019 vorgelegt werden.

## 5. Stand der Straßen- und Brückenbaumaßnahmen

Mit Mitteln aus dem **Vermögensplan** wurden folgende Maßnahmen im ersten Halbjahr 2019 geplant bzw. begonnen oder fortgesetzt:

### Baumaßnahmen

- a) K 04, Sanierung Radwegbau in der OD Garlstorf  
Die Fertigstellung erfolgte im April 2019.  
Kosten: 76.000,- €
- b) Ausbau der K 2, OD Bockelkathen [NGVFG / JBP 2019]  
Die Fertigstellung erfolgt Ende Oktober 2019.  
Kosten ca.: 900.000,- €  
NGVFG-Anteil: 470.000,- €  
Gemeinde Lüdersburg: 100.000,- €  
Eigenanteil ca.: 330.000,- €
- c) K 10/K37 Sanierung Radwegbau  
Die Fertigstellung erfolgt Ende September 2019.  
Kosten ca.: 130.000,- €
- d) Erneuerung der K 46, Handorf – bis Kreisgrenze LK Harburg  
[nachträgliche Aufnahme in das JBP 2019]  
Die Baumaßnahme wurde Ende Juli 2019 submittiert und wird von September bis November 2019 durchgeführt.  
Kosten ca.: 1.250.000,- €  
NGVFG-Anteil: 730.000,- €  
Eigenanteil ca.: 520.000,- €
- e) K02 Lüdersburg – L219 [JBP2018--->2020]  
Aufhebung des Vergabeverfahrens, neue Ausschreibung über NLStBV im Frühjahr 2020 vorgesehen  
Kosten ca.: 507.000,- €  
VVG-Anteil: 274.000,- €  
Eigenanteil ca.: 233.000,- €

### Ingenieurleistungen

- a) Ausbau der K11/K22 OD Alt Garge [NGVFG / MJP 2021-2022]  
Die Ingenieurleistungen für die Planung sind beauftragt. Die Maßnahme wird außerdem von der Stadt Bleckede über Zuwendungen zur integrierten ländlichen Entwicklung „- ZILE -“ gefördert. Die Planungen sind detailliert aufeinander abzustimmen.  
Kosten ca.: 120.000,- €

- b) Ausbau der K 17, OD Barnstedt [NGFVG / MJP 2020]  
 Die Ingenieurleistungen sind soweit fortgeschritten, dass die Maßnahme im Frühjahr 2020 für das Jahresbauprogramm angemeldet werden kann.  
 Kosten ca.: 100.000,- €

Weitere Ingenieurleistungen für folgende Baumaßnahmen aus Prioritätenliste und Mehrjahresprogramm werden frühestens 2020 fortgeführt bzw. beauftragt:

- a) Sanierung K 30, Einmündung K 51-Klappbrücke (500 m OD) [Priol. 02]  
 b) Ausbau K35 OD Dahlenburg [MJP 2021]  
 c) Ausbau K37 OD Deutsch Evern, km 0,300 bis km 1,210 [MJP 2022]  
 d) Ausbau K35 Dahlenburg–Ellringen–Breetze–Bleckede [MJP 2022/24]

## 6. Stand der Straßenunterhaltungsmaßnahmen (nur größere Volumen)

Aus dem Bereich Unterhaltung und Instandsetzung wurden folgende größere Maßnahmen im ersten Halbjahr 2019 geplant bzw. durchgeführt:

- a) Fräsen von Baumstubben an diversen Kreisstraßen  
 Die Arbeiten wurden im Mai/Juni 2019 durchgeführt.  
 Kosten ca.: 4.700,- €
- b) Markierungsarbeiten an diversen Kreisstraßen  
 Die Arbeiten werden laufend durchgeführt.  
 Kosten ca.: 30.000,- €  
 Stand 30.06. ca. 25.000,- €
- c) Bituminöse Fahrbahnaufschulterungen  
 Kosten incl. Prüf. u. Ing.-leist. ca. 304.500,- €  
 Stand 30.06. (Ing. u. Unters.) 8.500,- €
- d) Deckenerneuerungen  
 K7 Deutsch Evern 260.000,- €  
 Stand 30.06. ca. (Unters.) 4.500,- €
- e) Oberflächenversiegelungen  
Oberflächenbehandlungen/Patchen/Reparaturzug an diversen Kreisstraßen  
 Die Ausführung erfolgt von Juni bis September 2019.  
 Kosten ca.: 187.600,- €  
 OB's (incl. Vorpatchen) ca.: 95.800,- €  
 Patchen von Schadstellen ca.: 20.000,- €  
 Reparaturzug ab Juli ca.: 71.800,- €  
 Stand 30.06. ca. (Ing.) 2.700,- €

- f) Reparaturen an Radwegen  
 Die Ausführung erfolgt voraussichtlich bis Ende September.  

Kosten ca.:	120.000,- €
Stand 30.06. ca. (K24+K21)	17.800,- €
- g) Brücke K 37 Bahnbrücke Wendisch Evern inkl. Ing.  

Kosten ca.:	145.000,- €
<u>Ing. + Bahn + Auftragnehmer</u>	
Stand 30.06. ca. (Auftragnehmer)	39.000,- €
- h) Schutzplanken  

Kosten ca.:	10.000,- €
Stand 30.06. ca.	8.000,- €

## 7. Allgemeine Organisation und Personalentwicklung

- Seit der Winterdienstsaison 2001/02 werden die Ortsdurchfahrten (ca. 24% des Gesamtnetzes) im Auftrag der Gemeinden/Samtgemeinden geräumt und gestreut. Dies hat sich auch in der abgelaufenen Winterdienstsaison 2018/19 bewährt. Auch für die kommende Winterdienstsaison 2019/20 ist die weitere Durchführung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit gesichert, jedenfalls gibt es bis zum Berichtszeitpunkt keine negativen Signale.

### Personalveränderungen im 1. Halbjahr 2019

- Zum 01.03.2019 wurde eine langfristig erkrankte Verwaltungsmitarbeiterin vorzeitig berentet, so dass die bis dato befristet eingestellte Vertretungskraft ab 01.05.2019 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden konnte.
- Ein Straßenwärter wurde zum 01.06.2019 in die Altersrente verabschiedet und konnte durch die Weiterbeschäftigung eines vormaligen Auszubildenden ersetzt werden.
- Ein weiterer Straßenwärter ging zum 01.08.2019 in die Altersrente. Die Auswahlverfahren zur zeitnahen Nachbesetzung dieser Stelle laufen zum Berichtszeitpunkt noch.
- Der Betrieb hat sich darüber hinaus entschieden, zum 01.08.2019 einen weiteren Auszubildenden zum Straßenwärter einzustellen. Somit sind jetzt aktuell 3 Auszubildende beim SBU beschäftigt.

## 8. Wichtige Vorgänge im 1. Halbjahr

### a) Planung, Bau einer Elbbrücke bei Neu Darchau

Mit Beschluss des Kreistages vom 15.12.2008 ist dem Entwurf der Vereinbarung über Planung, Bau, Unterhaltung und Finanzierung des Baus einer Elbbrücke bei Darchau/Neu Darchau zugestimmt worden (siehe Vorlage 2008/246). Für Planung, Bau, Unterhaltung und Finanzierung dieses Projektes ist der Eigenbetrieb zuständig. Im Wirtschaftsplan 2009 war für die Finanzierung erstmalig eine Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2010 bis 2012 erteilt worden. Im Wirtschaftsplan 2015 wurde diese Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2016 bis 2018 fortgeschrieben. Damit ist dem Eigenbetrieb auch die Funktion als Antragsteller für das vorgeschaltete Raumordnungsverfahren und das anschließende Planfeststellungsverfahren zugewiesen worden.

Mit Schreiben vom 23.04.2009 hat der Eigenbetrieb die Untere Landesplanungsbehörde beim Landkreis Lüneburg von der beabsichtigten Planung unterrichtet. Die Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren hat am 20.05.2009 unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Umweltverbände in Neu Darchau stattgefunden.

Alle für die Durchführung des Raumordnungsverfahrens erforderlichen Unterlagen und notwendigen Teilgutachten wurden vom Eigenbetrieb erstellt beziehungsweise in Auftrag gegeben. Unterstützt wurde der Eigenbetrieb in dieser Sache durch ein Planungsbüro in Hamburg. Alle entstandenen Kosten für Gutachten, Begleitung und sonstige Unterlagen waren durch vom Landkreis Lüneburg bereitgestellte Haushaltsreste aus Vorjahren (dort ursprünglich im Vermögenshaushalt) gedeckt.

Mit Beschluss des Betriebs- und Straßenbauausschusses vom 30.11.2010 wurde die Betriebsleitung ermächtigt, einen formellen Antrag auf Einleitung des Raumordnungsverfahrens zu stellen. Dieser Beschluss wurde nochmals durch Kreistagsbeschluss vom 07.05.2012 (Vorlage 2012/133) bestätigt. Das Raumordnungsverfahren begann Mitte November 2012.

Zur Landtagswahl am 20.01.2013 erfolgte parallel eine Bürgerbefragung im Landkreis Lüneburg zu dem Vorhaben. 49,5 % stimmten für und 28,1 % gegen den Bau der Elbbrücke. 22,4 % stimmten dem Bau ebenfalls zu, aber nur, wenn der Kostenanteil des Landkreises Lüneburg 10 Mio. € nicht übersteigt.

Im Februar 2013 wurde das Koalitionspapier der neuen Landesregierung veröffentlicht, wonach die neue Koalition wegen der engen Haushaltslage die politische Verantwortung maximal für 45 Mio. € Baukosten der Elbbrücke bei Neu Darchau tragen und für weitere Kostensteigerungen und die künftige Unterhaltung des Vorhabens keine Mittel bereitstellen wird.

Am 20.02.2013 erfolgte bei der NLStBV in Hannover eine Besprechung zu den voraussichtlichen Kosten des Bauvorhabens mit dem Ergebnis, dass noch eine gemeinsame vertiefende Kostenanalyse erfolgen solle.

Der Kreistag hat am 04.03.2013 hierzu beschlossen, die Planungen fortzusetzen und eine vertiefende Kostenanalyse gemeinsam mit dem Hamburger Planungsbüro WKC und der NLStBV vorzubereiten.

Am 25.06.2013 erfolgte in Dahlenburg ein öffentlicher Erörterungstermin zum Raumordnungsverfahren. Zwischenzeitlich musste der beabsichtigte Hochwasserschutz bei Neu Darchau zusätzlich in diesem Verfahren berücksichtigt werden.

Mit dem NLWKN als zuständiger Planungsbehörde für den Hochwasserschutz erfolgte eine enge Zusammenarbeit. Ziel war es, die Planungen der Elbbrücke mit denen des geplanten Deiches bei Neu Darchau zu harmonisieren.

Erst nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens könnte die weitere, gestaffelte Vorplanung mit einem durch die NLStBV begleiteten Kostencontrolling erfolgen.

Im April 2015 wurde eine aktualisierte Kostenermittlung des Hamburger Ingenieurbüros vorgestellt, wonach sich die Bau- und Planungskosten nunmehr auf rund 58 Millionen Euro belaufen würden. Bis dahin lag die Schätzung bei 45 Millionen Euro. Diese Mehrkosten würden den bisher kalkulierten Eigenanteil des Landkreises Lüneburg um 13 Millionen Euro auf rund 22,25 Millionen Euro ansteigen lassen.

Ursächlich für die Kostensteigerung waren in erster Linie erheblich gestiegene Baukosten, die Umstellung auf Eurocodes sowie die Richtlinie für passive Sicherheit, aber auch der zusätzlich zu berücksichtigende Hochwasserschutz für Neu Darchau.

Die Kostenermittlung ist seinerzeit von der NLStBV überprüft worden. Da die ermittelten Kosten von dort im Wesentlichen bestätigt wurden, sogar eher von noch höheren Gesamtkosten in Höhe von rund 60 Millionen Euro für das Projekt ausgegangen wurde, hat der Landrat dem Kreistag in einer gemeinsamen Sitzung des Betriebsausschusses sowie des Wirtschaftsausschusses des Landkreises Lüneburg vom 30.06.2015 empfohlen, die Planungen für das Projekt einzustellen und das Raumordnungsverfahren zeitnah zu beenden. Dieser Empfehlung ist der Kreistag in seiner Sitzung vom 20.07.2015 gefolgt und hat mehrheitlich beschlossen, dass der Landkreis Lüneburg kein Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Elbbrücke bei Darchau/Neu Darchau betreiben wird, weil die Finanzierung des Vorhabens die Möglichkeiten des Landkreises Lüneburg erheblich übersteigt und dass das Raumordnungsverfahren zeitnah abgeschlossen wird.

Ein Antrag der Fraktion CDU/Bündnis 21-RRP, den Landrat zu beauftragen, eine alternative Kostenschätzung und Machbarkeitsstudie auf der Grundlage einer sog. Schrägseilbrücke, wie sie in Schönebeck / Magdeburg realisiert wurde, dem Kreistag vorzulegen, wurde abgelehnt.

Das Raumordnungsverfahren ist zwischenzeitlich abgeschlossen worden.

Am 19.12.2016 hat der neu konstituierte Kreistag beschlossen, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Fraktionen und der Verwaltung einzurichten, die den Auftrag erhalten hat, die baulich-technischen sowie die finanziellen Möglichkeiten der Errichtung und Unterhaltung einer hochwassersicheren festen Straßenverkehrsverbindung zwischen der Gemeinde Amt Neuhaus und den linkselbisch angrenzenden Gebieten des Landkreises Lüneburg und des Landkreises Lüchow-Dannenberg zu prüfen.

Die Prüfungen sollten bis Ende des Jahres 2017 abgeschlossen sein und in einen Schlussbericht an den Kreistag münden, der u.a. eine Handlungsempfehlung zum Vorgehen in Sachen Elbquerung enthält. Der Abschlussbericht sollte im Frühjahr 2018 vorgelegt werden.

Die neu formierte Landesregierung hat im Frühjahr 2018 bekräftigt, dass sie dem Brückenbauprojekt positiv gegenübersteht und nach wie vor zu der seinerzeitigen Finanzierungszusage steht.

Die Arbeitsgruppe „Elbbrücke“ hat ihren Schlussbericht mit entsprechenden Handlungsempfehlungen in der KT-Sitzung vom 24.09.2018 präsentiert. Die Arbeitsgruppe war überzeugt, dass mit der Planungsreife eher Cofinanzierer gefunden werden können, um die Finanzierung sicherzustellen.

In gleicher KT-Sitzung ist daraufhin beschlossen worden, dass das Planfeststellungsverfahren zur Elbbrücke wiederaufzunehmen ist. Der Beschluss lautet: „Der SBU ist beauftragt worden, die dazu erforderlichen Unterlagen für einen Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zum Bau einer festen Elbquerung bei Darchau/ Neu Darchau zu erarbeiten. Art und Untersuchungsauftrag der Unterlagen sind vorab mit allen zu beteiligenden Stellen abzustimmen. Die vom Land Niedersachsen zugesagten finanziellen Mittel werden zur Finanzierung der Gutachtenerstellung und der Planung eingesetzt“.

Das Nds. Wirtschaftsministerium sollte aufgefordert werden, die noch ausstehenden, in der Vergangenheit fest zugesagten, Planungsmittel in Höhe von 700.000,- €, unabhängig vom tatsächlichen Bau der Elbbrücke, zu zahlen. Hierüber ist derzeit ein Rechtsstreit zwischen dem Landkreis und dem Land Niedersachsen anhängig.

In den Wirtschaftsplan 2019 des SBU sind daraufhin 700.000,- € für die Wiederaufnahme der Brückenplanungen eingestellt worden. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 17.12.2018 den Wirtschaftsplan 2019 mit dem entsprechenden Ansatz beschlossen.

Für die Begleitung der weiteren Planungsschritte ist ein Ingenieurbüro zu beauftragen, dessen Beauftragung jedoch aufgrund des Auftragsvolumens EU-weit auszuschreiben ist. Um eine rechtssichere Ausschreibung realisieren zu können, ist die auf Vergabeverfahren spezialisierte Rechtsanwaltskanzlei DAGEFÖRDE aus Hannover beauftragt worden.

Diese Kanzlei ist von der Samtgemeinde Elbtalaue, die derzeit für den Neubau von Hochwasserschutzmaßnahmen bei Neu Darchau ebenfalls ein Planfeststellungsverfahren vorbereitet, beauftragt worden, die Planungsleistungen auszuschreiben.

Am 22.03.2019 hat ein Abstimmungsgespräch mit Vertretern des Nds. MW, der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sowie dem Landkreis stattgefunden. Hintergrund für dieses Gespräch war die Klärung, welche Unterlagen die NLStBV als Bewilligungsbehörde benötigt, um einen

entsprechenden NGVFG-Fördermittelantrag konkret beurteilen zu können. Hierbei ist hinterfragt worden, ob eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur volkswirtschaftlichen Beurteilung des Brückenprojekts erforderlich ist. Im Ergebnis ist festgehalten worden, dass eine derartige Untersuchung zur Beurteilung der Förderfähigkeit nicht erforderlich ist. Auch ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von mindestens 1,0 muss insbesondere in Anbetracht der politischen Bedeutung der Brücke nicht nachgewiesen werden. Voraussetzung für die Förderung ist, dass das Vorhaben bau- und verkehrstechnisch einwandfrei und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant ist. Neben einer sach- und sinn-gemäßen Berücksichtigung der innerhalb der NLStBV anzuwendenden technischen Regelwerke ist auch eine den Verkehrsbedürfnissen ange-messene Dimensionierung und Ausstattung des Bauwerks relevant. Dem vom Ersten Kreisrat vorgeschlagenen, weiteren Verfahrensablauf bzgl. der EU-weiten Ausschreibung der Ingenieursleistungen hat der Betriebsausschuss zugestimmt, so dass die Kanzlei DAGEFÖRDE am 24.04.2019 entsprechend beauftragt worden ist. Nach entsprechender Ab-stimmung des von der Kanzlei DAGEFÖRDE erarbeiteten Leistungsver-zeichnisses sowie eines Muster-Ingenieurvertrages mit dem RPA, hat zwi-schenzeitlich das Ausschreibungsverfahren mit der Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbs begonnen. Aufgrund der vorgegebenen Verfah-rensschritte (zunächst Teilnahmewettbewerb, dann Aufforderung zur Ange-botsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber und anschlie-ßend Auswertung/Vergabe) wird angestrebt, die Vergabe des Ingenieur-vertrages bis zum 31.12.2019 zu realisieren. Damit einhergehend werden die erforderlichen Haushaltsmittel zur Finan-zierung der Planungsleistungen bei den Ansätzen des Wirtschaftsplanes 2020 zu berücksichtigen sein.

b) Neubau eines zentralen Betriebshofs in Scharnebeck

Der Betriebs- und Straßenbauausschuss hat in seiner Sitzung vom 04.02.2015 die Problematik der sachgerechten Unterbringung der Winterdienstfahrzeuge am Betriebshof in Breetze diskutiert.

Die dort vorhandenen Fahrzeugboxen sind mittlerweile zu klein geworden, um die eingesetzten Winterdienstfahrzeuge mit entsprechenden Anbauten unterzustellen. Dies hat zur Folge, dass die Fahrzeuge im Freien stehen müssen und bei z.T. extremen winterlichen Verhältnissen nur einge-schränkt oder mit erheblichen Zeitverzögerungen in den frühen Morgen-stunden einsatzbereit sind.

Aus diesem Grund sind Erweiterungsmöglichkeiten bzw. Ersatzneubauten an diesem Standort geprüft worden.

Diese Prüfung hat ergeben, dass Erweiterungen bzw. Ersatzneubauten bauplanungsrechtlich nicht zulässig sind und daher zunächst die Aufstel-lung eines Bebauungsplanes als planungsrechtliche Grundlage erforderlich wäre.

In Anbetracht dessen sowie der Tatsache, dass der Standort ohnehin auf-grund der örtlichen Gegebenheiten sowie der vorhandenen alten Gebäude-substanz als problematisch einzustufen ist, sind in Abstimmung mit dem Betriebs- und Straßenbauausschuss aus wirtschaftlichen Aspekten zwei Neubauoptionen geprüft worden.

Eine Option war hierbei die Errichtung eines neuen Zweit-Betriebshofes, beispielsweise im Gewerbegebiet von Bleckede.

Weitere Option war die Errichtung eines neuen zentralen Betriebshofes für den gesamten Landkreis Lüneburg, zumal am Betriebshauptsitz in Embsen absehbar in den nächsten Jahren erheblicher Investitionsbedarf besteht. Hinsichtlich dieser Option stand neben der finanziellen Realisierbarkeit die Gewährleistung eines flächendeckenden Winterdienstes für das gesamte Kreisgebiet im Fokus.

Erste Prüfungsergebnisse sind dem Betriebs- und Straßenbauausschuss am 16.06.2015 präsentiert worden.

Danach hat sich unter der Prämisse eines flächendeckend zu gewährleistenden Winterdienstes Scharnebeck als geeigneter Standort für die Errichtung eines zentralen Betriebshofes herausgestellt. Dieses Ergebnis ist zunächst rechnerisch und planerisch ermittelt worden und ist anschließend im Praxistest unter realen Bedingungen (reale Durchschnittsgeschwindigkeit eines Einsatzfahrzeuges) verifiziert worden.

Ein zur Voruntersuchung beauftragtes Architektenbüro hatte zwischenzeitlich erste Voruntersuchungen durchgeführt und dabei die voraussichtlichen Kosten für einen neuen Zweitsitz sowie die erforderlichen Sanierungskosten am Hauptsitz Embsen ermittelt. Diese Kosten wurden mit denen eines ebenfalls untersuchten Neubaus eines zentralen Betriebshofes für den gesamten linkselbischen Landkreis gegenübergestellt.

Hiernach wäre der Neubau eines zentralen Betriebshofes die kostengünstigere Variante.

Die Ergebnisse weiterer Planungsschritte sowie einer durch ein externes Beratungsunternehmen durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sind in den folgenden Sitzungen des Betriebsausschusses am 11.11.2015, 06.04. und 02.05.2016 präsentiert und diskutiert worden.

Der Betriebsausschuss hat sodann in seiner Sitzung vom 02.05.2016 einstimmig bei einer Enthaltung folgende Beschlussempfehlung für die Kreistagssitzung am 20.06.2016 abgegeben:

„Dem Vorschlag, für den Eigenbetrieb Straßenbau und –unterhaltung einen neuen zentralen Betriebshof in Scharnebeck zu bauen, wird zugestimmt. Die Betriebsleitung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten und Verhandlungen zum Kauf eines geeigneten Grundstücks zu führen.“

Dieser Beschlussempfehlung ist der Kreistag in seiner Sitzung vom 20.06.2016 einstimmig gefolgt.

Bereits im Jahr 2015 ist dem Betriebsleiter ein Grundstück im Scharnebecker Gewerbegebiet Kringelsburg angeboten worden. Es liegt unmittelbar am Ortsrand, direkt an der K 28. Eine direkte verkehrliche Anbindung ist daher gewährleistet. In unmittelbarer Nähe befindet sich eine Tankstelle im 24h-Betrieb, was für die Betankung der Einsatzfahrzeuge, gerade auch im Winterdiensteinsatz, wichtig ist. Mit einer Größe von ca. 1,5 ha sowie der Höhe des geforderten Kaufpreises erscheint das Grundstück als sehr gut geeignet.

Die Vorprüfung zur Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens hat ergeben, dass der vorhandene Bebauungsplan für die Ansiedlung des zentralen Betriebshofes z.T. überarbeitet werden muss.

Der Betriebsausschuss hat in seiner Sitzung vom 01.02.2017 dem Kauf des 15.512 m<sup>2</sup> großen Grundstücks im Gewerbegebiet Kringelsburg der Gemeinde Scharnebeck zugestimmt. Die Zustimmung erfolgte unter den Bedingungen, dass die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens durch Änderung des Bebauungsplans seitens der Gemeinde Scharnebeck hergestellt ist, der Kreistag den Wirtschaftsplan 2017 für den Betrieb Straßenbau und –unterhaltung mit den Ansätzen für den Neubau eines zentralen Betriebshofs beschließt und der Haushalt genehmigt ist. Ein entsprechender Vorbehalt war in den Kaufvertrag aufzunehmen.

In seiner Haushaltssitzung vom 06.03.2017 hat der Kreistag den Wirtschaftsplan 2017 für den Betrieb Straßenbau und –unterhaltung mit einem Gesamtansatz in Höhe von 6.700.000€ für den Neubau eines zentralen Betriebshofs beschlossen.

Der beschlossene Haushalt wurde der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt und von dort am 02.05.2017 uneingeschränkt genehmigt.

Die Gemeinde Scharnebeck hatte inzwischen einen Aufstellungsbeschluss zur Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans 12 „Gewerbegebiet Kringelsburg“ gefasst und zeitgleich die Änderung des Flächennutzungsplans bei der Samtgemeinde Scharnebeck beantragt. Ziel der Änderung des Bebauungsplans ist u.a. die Umplanung der Erschließung im südlichen Bereich des bestehenden Plans, um die Ansiedlung des zentralen Betriebshofs zu ermöglichen.

Abgeschlossen werden konnten inzwischen die erforderlichen archäologischen Untersuchungen. Eine Bebauung des Grundstücks ist danach aus denkmalschutzrechtlicher Sicht möglich. Über ein in Auftrag gegebenes Schallgutachten konnte zudem abgeklärt werden, dass die im Gewerbegebiet und gegenüberliegendem Wohngebiet zulässigen Immissionsgrenzwerte eingehalten werden können.

Der Grundstückskaufvertrag wurde am 04.04.2017 notariell beurkundet.

Die Gebäudewirtschaft des Landkreises Lüneburg, die die fachliche Objektbetreuung für den SBU übernimmt, organisiert parallel zum Haushaltsgenehmigungsverfahren und der Änderung des Bebauungsplans durch die Gemeinde Scharnebeck, die Vergabe der weiteren Planungs- und Bauleistungen.

In Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt und der Verwaltungsleitung sind folgende Entscheidungen zur weiteren Vorgehensweise getroffen worden:

- Die Planungs- und Bauleistungen sind getrennt zu vergeben.
- Die Architektenleistungen aller Objekte, die Planung der Außenanlagen und die Planungsleistungen für den Brandschutz, den Energieausweis, die Sicherheits- und Gesundheitskoordination sowie die

- Gewährleistungsverfolgung sind gemeinsam zu vergeben und europaweit auszuschreiben.
- Die europaweite Ausschreibung und Vergabe der Architektenleistungen erfolgt im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb.
  - Die Tragwerksplanung und die Fachplanungen für Elektro sowie Heizung, Lüftung und Sanitär sind (national) freihändig zu vergeben.
  - Die Bauleistungen sind getrennt nach Gewerken über eine nationale öffentliche Ausschreibung zu vergeben.
  - Die Ausschreibung der Architektenleistungen ist vorzubereiten und zügig zu veröffentlichen.

Die europaweite Ausschreibung der Architektenleistungen ist im Jahr 2017 abgeschlossen worden. Das Architektenbüro Horn aus Adendorf hat sich im Verhandlungsverfahren gegen 3 Mitbewerber durchgesetzt und ist dementsprechend mit der Objektplanung beauftragt worden. Des Weiteren sind die jeweiligen Fachplanungen und die Tragwerkplanung vergeben worden. Zwischenzeitlich haben diverse Planungsgespräche und Abstimmungen mit den beteiligten Planern stattgefunden, so dass dem Betriebsausschuss in seiner Sitzung vom 19.04.2018 das Ergebnis der Objektvorplanung inklusive der aktualisierten Kostenschätzungen präsentiert werden konnte. Die Kostenschätzungen des beauftragten Architekten lagen bei rund 8.250.000,-€, zzgl. der Grundstückskosten beliefen sich die Gesamtkosten damit auf ca. 8.600.000,-€.

In einer weiteren Sitzung des Betriebsausschusses vom 04.05.2018 ist dann folgender Beschluss gefasst worden:

„Dem in der Sitzung des Betriebs- und Straßenbauausschusses vom 19.04. und 04.05.2018 vorgestellten Ergebnis der Objektvorplanung zum Neubau des Betriebshofs in Scharnebeck wird zugestimmt. Die Betriebsleitung wird beauftragt, den Neubau zeitnah umzusetzen.“

Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplans 2019 war eine Anpassung der Finanzplanung an die aktualisierte Kostenschätzung vorzunehmen. Dieses ist geschehen und der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 17.12.2018 den Wirtschaftsplan 2019 des SBU mit entsprechend angepassten Ansätzen beschlossen.

Die erforderliche Baugenehmigung ist im Dezember 2018 erteilt worden. Parallel zum Baugenehmigungsverfahren sind bereits die Tiefbauarbeiten sowie die Herrichtung des Grundstücks ausgeschrieben und entsprechend vergeben worden. Bereits Mitte Dezember 2018 sind diese Arbeiten fertiggestellt worden, obwohl die Ausführungsfrist erst im März 2019 endete. Am 30. und 31.01.2019 erfolgten die Submissionen für ca. 75 % der EU-weit ausgeschriebenen Baugewerke.

Nach diesen Ausschreibungsergebnissen sowie unter Berücksichtigung noch ausstehender Ausschreibungen zeichnete sich eine Kostensteigerung von ca. 10 % gegenüber der Kostenschätzung des Jahres 2018 ab. Es ist demnach aktuell von Gesamtkosten in Höhe von ca. 9,4 Mio Euro gegenüber geschätzten Kosten in Höhe von ca. 8,6 Mio Euro auszugehen. Die Ergebnisse wurden dem Betriebsausschuss in seiner Sitzung vom 05.02.2019 präsentiert.

Im März 2019 ist mit den Hochbauarbeiten begonnen worden, so dass am 23.04.2019 die Grundsteinlegung erfolgen konnte.

## Zwischenbericht SBU zum 30.06.2019

Nachdem im Mai 2019 die zweite Ausschreibungswelle nahezu komplett abgewickelt werden konnte, war danach von keinen weiteren Kostensteigerungen auszugehen. 2 Gewerke mussten jedoch erneut beschränkt ausgeschrieben werden, da im EU-Verfahren keine Angebote unterbreitet worden sind. Darüber hinaus sind Ende des Jahres noch die Außenanlagen/Pflasterarbeiten auszuschreiben.

Die Rohbauarbeiten dauern derzeit an. Voraussichtlich bis Mitte/Ende Oktober 2019 soll das Richten des Rohbaus abgeschlossen sein.